

Hermann Bartmann†, Jan A. Schwaab

Nachhaltige Entwicklung und Globalisierung

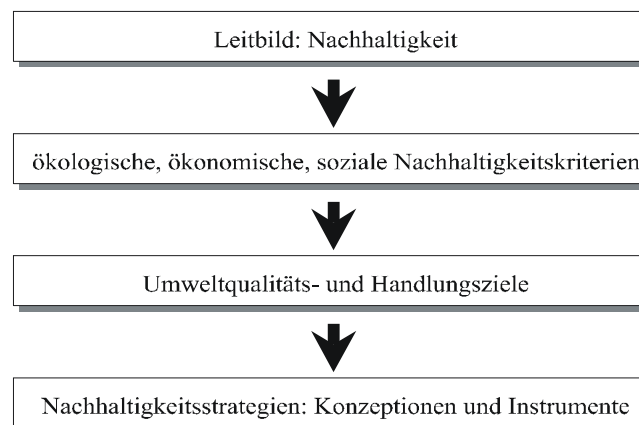
Abstract

Nachhaltigkeit und Beschäftigung werden in der Literatur und Politik vorwiegend als Spannungsfeld diskutiert. Diese Sicht ist unseres Erachtens vordergründig und beruht auf einer verkürzten Wahrnehmung der Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie. Im vorliegenden Beitrag wird herausgearbeitet, dass sich die Kontroverse primär auf paradigmatische Gründe zurückführen lässt. Vor dem Hintergrund einer ökologisch-ökonomischen Auseinandersetzung mit dem neoklassischen Wachstumsparadigma werden dann die Grundlinien einer sozial-ökologischen Beschäftigungsstrategie erarbeitet. Diese umfasst - außer einer Beachtung von Ressourcen- und Tragfähigkeitsgrenzen - auch Effizienz- und Suffizienzansätze in Richtung technischer, sozialer und institutioneller Innovationsstrategien. Dabei wird auch auf die im Globalisierungszeitalter zu beachtenden internationalen Interdependenzen eingegangen.

1 Nachhaltige Entwicklung als modernes Ziel der Umweltpolitik

Das Nachhaltigkeitsziel ist seit dem Brundtland-Bericht (WCED 1987) weithin akzeptiert und dominiert heute trotz – oder wegen – seiner definitorischen Offenheit die umweltpolitische Diskussion. Da sich Umweltpolitik und unter Umständen sogar generell die Wirtschaftspolitik am Nachhaltigkeitsziel mit seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen orientiert, muss das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung definiert und konkretisiert werden (Abbildung 1).

Abb. 1: Nachhaltigkeitspolitik



Das gilt spätestens und verstärkt für die aus dem allgemeinen Leitbild abzuleitenden Kriterien und Ziele. Bei deren Konkretisierung treten die kontroversen Positionen zur Nachhaltigkeitsdiskussion zu Tage, die je nach Paradigmaentscheidung äußerst unterschiedlich ausfallen:

1. Sehr schwache Nachhaltigkeit: Unkorrigiertes neoklassisches Wachstumsparadigma (Wachstumsoptimismus).
2. Schwache Nachhaltigkeit: Umwelt- und Ressourcenökonomie.
3. Mittlere Nachhaltigkeit: „Aufgeklärte“ Umweltökonomie mit Festlegung von Essentials, Leitplanken und/oder Gefährdungsbereichen mit Hilfe diskursiver Verfahren.
4. Starke Nachhaltigkeit: Ökologische Ökonomie mit der Forderung nach Erhalt der Biodiversität, Funktionsfähigkeit der Ökosysteme und der Erkenntnis von Wissenslücken, Unsicherheiten und Monetarisierungsgrenzen.
5. Sehr starke Nachhaltigkeit: Ökozentrismus mit absolutem Naturerhalt.

Der Begriff Nachhaltigkeit (sustainability) entstammt einerseits der internationalen Umweltdebatte in der eher ökologische und ökonomische Aspekte im Vordergrund standen, und andererseits der Entwicklungs- bzw. Verteilungsdiskussion, in der die soziale Dimension der Gerechtigkeit eine bedeutende Rolle spielte. Der Brundtland-Bericht versucht diese drei Dimensionen zu vereinen. Seitdem versteht sich *nachhaltige Entwicklung* im Sinne eines soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen umfassenden Leitbilds (z. B. EK 1998, 18 ff.), wobei die Kriterienkataloge für die drei Dimensionen durchaus unterschiedlich ausfallen, was eine allgemeingültige Konkretisierung von nachhaltiger Entwicklung erheblich erschwert. In allen Bereichen stößt man auf methodische, konzeptionelle und normative Schwierigkeiten, weil die drei Dimensionen wegen vielfältiger Interdependenzen nicht trennbar sind und insofern eine isolierte Betrachtung von Umweltzielen Konfliktpotential beinhaltet, das die spätere umweltpolitische Verwendbarkeit unter Umständen verhindert. Deutlich wird dabei auch schon, dass die Hoffnung auf eine verbindliche Quantifizierung von nachhaltiger Entwicklung nicht möglich sein wird.

Vielmehr muss versucht werden, einen gesellschaftlichen Konsens über langfristige Umweltziele auf der Basis des Leitbilds Nachhaltigkeit abzuleiten. Dabei wird bereits das Nachhaltigkeitsverständnis je nach Paradigmaentscheidung und Einschätzung der Umweltsituation unter Umständen grundsätzlich unterschiedlich ausfallen. Die Unterschiede bzw. Kontroversen betreffen insbesondere die Aspekte:

- Einbeziehung von Gerechtigkeitsprinzipien (national, international, intergenerationell),
- Auswahl des Steuerungsmodells (defensive Gefahrenvermeidung mit Vorsorge oder präventive Neuorientierung),
- Substituierbarkeit von Naturkapital und produziertem Kapital (ökonomische versus ökologische Nachhaltigkeit),
- Wachstum oder/und Entwicklung,
- Nachhaltigkeit und Erwerbsgesellschaft.

Die Nachhaltigkeitsvorstellung versteht sich allgemein als langfristiger Erhalt des ökologischen, ökonomischen und sozialen Systems. Dazu gehört auch die Gerechtigkeit in und zwischen den Generationen sowie die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebensstandards und hinreichender Erwerbsmöglichkeiten.

Die *ökologische Dimension* fordert den Erhalt der Funktionsfähigkeit ökologischer Systeme und beinhaltet: Erhalt von Naturkapital und Biodiversität, Erhalt der Tragkapazität der Senke, Vermeidung von Irreversibilitäten und gesundheitlichen Schädigungen. Dabei ist zu beachten, dass Naturkapital eine Vielzahl von gleichberechtigten Komponenten umfasst

und weit über die Funktion als Ressourcenlieferant hinausgeht (Bartmann 2000; UBA 1998). Generell lassen sich aus dieser allgemeinen Festlegung die bekannten Kataloge von Umwelt- und Umwelthandlungszielen ableiten (vgl. z. B.: BMU 1996; UBA 1997, 1998; BUND/Misereor 1996; SRU 1998, 2000). Je nach Orientierung an Problemen, Ursachen, Medien oder Schutzgütern und je nach Einschätzung der Dringlichkeit ergeben sich unterschiedlich ausgeprägte Listen, die sich aber weitgehend überschneiden.

Die *ökonomische Dimension* von Nachhaltigkeit fordert den Erhalt der Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems. Dazu gehören unbestritten die Sicherung der Produktionsgrundlagen in Form von physischem Kapital, erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen, Humankapital und sogenanntem institutionellen Kapital, aber auch der Erhalt des Wettbewerbssystems im internationalen Vergleich (Leistungs- und Innovationsfähigkeit). Hierbei spielen einerseits die Frage der Substituierbarkeit der Kapitalarten und andererseits das Problem der Ausgestaltung des zu erhaltenden Wettbewerbssystems entscheidende Rollen. Auf beide Probleme wird noch einzugehen sein. Neben dieser allgemeinen Forderung nach Systemerhalt umfasst die ökonomische Dimension auch die Möglichkeiten zur Teilnahme am Erwerbsleben für alle (Vollbeschäftigung) und Gewährleistung des Lebensunterhalts für diejenigen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen können (soziale Sicherung).

Hier wird deutlich, dass grundsätzlich zwischen Nachhaltigkeit und Vollbeschäftigung kein Gegensatz besteht. Allenfalls könnte es Konflikte zwischen ökologischer und ökonomischer Dimension von Nachhaltigkeit geben. Das wiederum führt zur Frage der Ausgestaltung der Erwerbsgesellschaft, der Definition von Vollbeschäftigung (Erwerbs- versus Tätigkeitsgesellschaft, Regelarbeitszeiten, Arbeitsbedingungen u. ä.) und zur Art der Bedürfnisbefriedigung (neue Wohlstandsmodelle, Zeitwohlstand und immaterielle Werte statt Konsumismus). Dabei bleibt bis auf weiteres die Zentralität von Arbeit für die Lebensgestaltung (individuelle Einkommenssicherung, soziale Anerkennung und Integration) erhalten. Auch ist zu diskutieren, inwieweit durch Umweltschutzmaßnahmen, ökologische Strukturreformen und/oder nachhaltige Produktions- und Konsumstile Beschäftigungseffekte im traditionellen Sinne erzielbar sind. Wunder oder Königswege sind aber wohl eher nicht zu erwarten. Insofern ist für ökologische Ökonomen jedenfalls eine grundlegende Revision unseres Wohlstandsmodells erforderlich, was auch einen neuen Arbeitsbegriff impliziert.

Auch hier stehen unter Umständen paradigmatische Kontroversen im Vorder- oder Hintergrund. Damit eng verbunden ist das Problem der Vereinbarkeit von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung. Der zu erörternde Grundwiderspruch zwischen neoklassisch-neoliberalem Wachstumsparadigma gemäß der Präferenzen der souveränen Konsumenten/Nachfrager bedeutet nicht, dass wachsende ökonomische Potentiale nicht für den Erhalt der natürlichen und ökonomischen Lebensgrundlagen eingesetzt werden sollten. Im Gegenteil, die Ausweitung der wirtschaftlichen Potentiale ist für eine Ökologisierung der Gesellschaft in Richtung nachhaltiger Entwicklung unerlässlich. Insoweit besteht kein genereller Vorbehalt gegen Wachstum. Trotzdem scheint es so, als sei das bisherige von privatökonomischen Interessen geförderte Wachstum mit nicht nachhaltigen Tendenzen verbunden. Können die Ursachen dafür abgestellt werden oder ist Wachstumsdefensive die einzige sich (vordergründig) anbietende Alternative?

Die von der ökonomischen gelegentlich nicht trennbare *soziale Nachhaltigkeitsdimension* lässt sich mit einigen Prinzipien umschreiben:

- Intergenerationelle, nationale und internationale Gerechtigkeit,
- Erhalt der allgemeinen Menschenrechte und das Recht auf ein menschenwürdiges Leben,

- Partizipationsmöglichkeiten für Alle und Erhalt der Zivilgesellschaft,
- Gesellschaftliche Sicherungssysteme für den Fall, dass eine Versorgung durch Eigeninitiative nicht ausreichend ist,
- Erhalt der sozialen Innovationsfähigkeit auch in Richtung neuer Tätigkeitsformen und Lebensstile.

Eine Präzisierung des umschriebenen Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ kann auch wegen der Vielschichtigkeit der Kriterien nur durch einen gesellschaftlichen Konsens erfolgen, dem ein breiter alle gesellschaftlichen Gruppen umfassender öffentlicher Diskurs vorangeht. Die dabei zu entwickelnden neuen Lebensstile, Institutionen und Strukturen sollten weit in die Zukunft reichen aber auch Perspektiven für die heutige Generation enthalten. Wegen der Notwendigkeit internationaler Gerechtigkeit beinhaltet der Konsens auch einen ressourcenärmeren Wohlstand für die Industrieländer, um Umverteilungspotentiale in Richtung Entwicklungsländer zu schaffen.

Nimmt man die genannten Nachhaltigkeitskriterien ernst, bleiben von den oben angegebenen Paradigmata letztlich nur zwei übrig. Das ist einerseits das Paradigma der aufgeklärten Neoklassik, welches versucht, mit Hilfe ökologisch abgeleiteter Leitplanken das Wachstumsystem umweltverträglich zu halten. Zu klären ist für das daraus folgende Szenario der ökosozialen Marktwirtschaft, inwieweit bei Beibehaltung des traditionellen ökonomischen Systems Nachhaltigkeit im engeren Sinne und Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne erreicht werden können. Andererseits bietet sich das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der ökologischen Ökonomie an, welches eine grundsätzliche Neuorientierung der Ökonomie anstrebt, wozu unter anderem auch der Umbau der Erwerbsgesellschaft in Richtung neue Wohlstandsmodelle bzw. Tätigkeitsgesellschaft zählt. Angemerkt sei, dass in der praktischen und wissenschaftlichen Entwicklung Übergänge von der aufgeklärten Neoklassik zur ökologischen Ökonomie denkbar sind, und dass die ökologische Ökonomie Grundprinzipien der traditionellen Ökonomie übernimmt (z.B. Annahme der Präferenzensouveränität, Anwendung des Wettbewerbsprinzips als Anreizmechanismus). Zur weiteren Klärung der Frage des angemessenen bzw. relevanten Szenarios müssen insbesondere die Beziehungen zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit, Wachstum und Vollbeschäftigung und schließlich Nachhaltigkeit und Vollbeschäftigung geklärt werden.

2 Grundkontroversen der Umwelt- und Beschäftigungsproblematik

2.1 Wachstum und Umwelt

Da die Nachhaltigkeitsdiskussion untrennbar mit der Wachstumsdiskussion verbunden ist, kann das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Beschäftigung nicht isoliert von der Wachstumsproblematik geklärt werden. Zu unterscheiden ist dabei zwischen der Kritik am *Wachstum* und der Kritik am *Wachstums-Paradigma*. Wachstum als solches ist ökonomisch, ökologisch und sozial unproblematisch und vielfach wünschenswert, wenn es durch Ausschöpfung von Innovationspotentialen zu einer nachhaltigen Entwicklung führt, die gleichzeitig auch die Verteilungskonflikte entspannt. Die modernen Wachstumsgesellschaften erheben Wachstum jedoch zum gesellschaftlichen Ziel an sich. Hier setzt die ökologische Kritik des

Wachstumsparadigmas an (Meadows u.a. 1972, 1992; Ayres 1996, 1998; Daly 1996; Costanza u.a. 1997; Greenpeace/DIW 1999). Kritisiert wird insbesondere die Nichtbeachtung der ökologischen Grenzen des ökonomischen Wachstums auf der Input- (Ressourcenprobleme) und Outputseite (ökologische Tragekapazität, Funktionsfähigkeit von Ökosystemen). Dabei geht es vorrangig um die neoklassischen Annahmen bezüglich der Substituierbarkeit von Naturkapital, der Internalisierungsmöglichkeiten und der möglichen Wettbewerbsprobleme.

2.1.1 Substituierbarkeit von Naturkapital

Das Wachstumsparadigma geht im Kern von einer unproblematischen Beziehung zwischen ökonomischen Wachstumsprozessen und ökologischen Beschränkungen aus. Wenn von der Fortsetzbarkeit einer Wachstumsstrategie ausgegangen wird, dann wird unterstellt, dass das ökonomische System bei Vorliegen von ökologischen Restriktionen Substitutionsprozesse einleitet, bei denen Naturkapital mit Hilfe von technischem Fortschritt und Akkumulation von produziertem (anthropogenem) Kapital im Produktionsprozess zunehmend durch „künstliches“ Kapital ersetzt wird. Bei freier Preisbildung – hinreichende Internalisierung von externen Effekten vorausgesetzt – sorgt der Marktwettbewerb für eine Berücksichtigung von umweltpolitischen Restriktionen durch die Signalfunktion von Knappheitspreisen.

Die optimistisch eingeschätzten Möglichkeiten durch ökotechnische Innovationen, Ersatz- bzw. Backstop-Technologien, die Ausschöpfung von Effizienzpotentialen durch verstärkte nationale und internationale Arbeitsteilung, Naturkapital durch „künstliches“ Kapital zu substituieren, basieren auf der Verallgemeinerung einer partiell durchaus vorhandenen Substituierbarkeit.¹ Diese stößt aus ökologisch-ökonomischer Sicht dann an Grenzen, wenn

- der Gebrauch von anthropogenem Kapital wegen Limitationalität vom Naturkapital abhängt, d. h. die Produktionsfaktoren können einander nicht substituieren, sondern sind nur gemeinsam oder gar in einem bestimmten Verhältnis einzusetzen (z. B. Wald und Holzbearbeitungsgeräte, Boden und Anbautechnik, Fischgründe und Fanggeräte etc.);
- die Produktion von anthropogenem Kapital selbst Naturkapital verbraucht (die Recyclingfähigkeiten dürften eher begrenzt sein);
- der Primärwert der Natur, d. h. der notwendige Naturkapitalbestand zum Erhalt der Selbstorganisationsfähigkeit der Ökosysteme (UBA 1998, 29), gefährdet ist;
- Naturkapital als Konsumgut unmittelbare Bedeutung für die Lebensqualität hat;
- wegen der Komplexität von Ökosystemen auch eine partielle Substitution ausgeschlossen ist (Multifunktionalität, z. B. Meere);
- Unsicherheit im Sinne von Nichtwissen über die Konsequenzen der Substitution, z. B. bei Irreversibilitäten und wegen der unterschiedlichen Evolutionsgeschwindigkeiten von ökonomischen und ökologischen Systemen.

Die Substitution setzt überdies eine monetäre Bewertung und Bewertbarkeit des Naturkapitals voraus, was angesichts der Lückenhaftigkeit der Monetarisierung bezweifelt werden darf (siehe 2.1.2). Letztlich führt die Trennung von Produktionsprozess und Natur, die Vernachlässigung der Einbettung des ökonomischen Subsystems in das übergeordnete ökologische System zur Vernachlässigung des Beitrags von Naturkapital für Produktion, Konsum und

¹ Auf die ebenfalls diskutierte Möglichkeit Naturkapital durch Human- bzw. Wissenskapital zu substituieren soll hier nicht eingegangen werden.

technischen Fortschritt. Der technische Fortschritt wird nur im Zusammenhang mit den Faktoren Arbeit und Kapital gesehen und führt heute zur Verkürzung der Lebenszeiten von Produkten, des künstlichen Kapitals und des Humankapitals – Entwicklungen, die nicht nur unter ökologischen Aspekten kritisch gesehen werden.

Daraus folgt insgesamt weder ein Substitutionsverbot noch eine Limitationalitätsforderung. Im Sinne einer präventiven Strategie kann aber nicht mehr von der umstandslosen Substitutionshoffnung für den Wachstumsprozess ausgegangen werden. Wird die Veränderung der Knappheitsverhältnisse von Politik und Ökonomie nicht hinreichend schnell erkannt, dann führt fortgesetzter Abbau des Naturkapitals im Wachstumsprozess letztlich zur Überschreitung der Tragekapazitäten der Ökosysteme, zu deren Erkennen das pretiale ökonomische System bei *Laisser faire* wegen der vorgenannten Aspekte nicht in der Lage scheint.

2.1.2 Internalisierung

Ferner muss – im Zusammenhang mit dem vorgenannten Punkt – auf die Grenzen und Schwächen der neoklassischen Internalisierungsstrategie hingewiesen werden. Die neoklassische Wachstums- und Substitutionshoffnung, bzw. letztlich der gesamte Ansatz der Allokationseffizienz für Umweltgüter in einem dezentral gesteuerten Marktsystem, hängt von einer hinreichenden Internalisierung externer Effekte ab. Aufgeklärte, aber traditionelle neoklassische Ansätze streben den Aufbau einer „vernünftigen“ Ökonomie an, die die Wirkungsverbundenheit der ökonomischen und ökologischen Systeme berücksichtigt. Dabei behalten sie allerdings zum einen die Trennung von Natur und Ökonomie bei. Zum anderen verlangt eine derartige Neuorganisation der Ressourcen- und Outputseite umfangreiche Detailkenntnisse über Naturprozesse und über die Folgen der menschlichen Aktivitäten für die Ökosysteme. Dies setzt nicht nur die Kenntnis der Schäden, Verursacher und Kausalitäten voraus, sondern erfordert außerdem eine Bewertung von Belastungen und Schadensrisiken. Die Grenzen der Internalisierung hängen daher eng mit den Grenzen der Monetarisierung zusammen. Stichwortartig seien die folgenden Probleme einer Internalisierungsstrategie aufgeführt (siehe auch Bartmann 1996; Bartmann/Busch 1998; Bartmann u.a. 2000):

- Identifizierungs-, Zurechnungs- und Monetarisierungsprobleme wegen fehlender bzw. unvollständiger Information, Aggregationsproblemen, der Diskontierungsproblematik und der Verteilungsproblematik;
- Grenzen der Präferenzensouveränität bei Vorliegen von Unsicherheit, bei Gefahr von globalen Risiken und/oder Irreversibilitäten, wegen des Vorliegens von Myopie (systematische Vernachlässigung zukünftiger Ereignisse durch privates Kurzfristdenken; wörtlich: „Kurzsichtigkeit“), bei sozialen Dilemmasituationen und wegen fehlender Vertretung zukünftiger Generationen;
- Dynamik, Turbulenzen und Nichtlinearitäten in ökologischen und ökonomischen Systemen führen unter Umständen zu grundsätzlichen Informationsproblemen (Komplexität), zu unverhersehbaren Destabilisierungen und Irreversibilitäten;
- Vorliegen von Nichtsubstituierbarkeit und intrinsischen Werten;
- Die Abhängigkeit vom allgemeinen dynamischen Gleichgewicht ist besonders problematisch bei dauerhaften Instabilitäten, Wettbewerbsproblemen, technologischen und institutionellen Schwankungen, Wertewandel, Unsicherheit. Dieser Aspekt wird zu

einem grundlegenden Problem, wenn die Gleichgewichtstheorie ersetzt wird durch eine historisch fortschreitende evolutorische Theorie.

Angesichts der Komplexität und Vielfalt ökologischer und sozialer Zusammenhänge ist mithin eine „Ökonomisierung der Ökologie“ mit Hilfe des Internalisierungskonzepts – wenn es als einzige Strategie verfolgt wird – zum Scheitern verurteilt, weil es das Informationsproblem nicht zu lösen vermag. Es stellt zwar eine notwendige Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung dar – aber letztlich keine hinreichende. Dies ist im Wachstumskontext in zweierlei Hinsicht problematisch.

Zum einen steigen die Informationsprobleme im Zuge der Entwicklung der Wachstumsgesellschaften drastisch an. Dadurch werden die Versuche durch Internalisierungsstrategien Umweltprobleme zu lösen und durch Bewertungsverfahren „Naturschutz“ zu erreichen immer weniger hinreichend. Aus Sicht der ökologischen Ökonomie sind die hier auftretenden Probleme so grundlegend, dass eine umfassende Gesamtbewertung und damit auch eine Operationalisierung von Nachhaltigkeit durch Bewertung systematisch unvollständig bleibt. Gleichzeitig kommt es zum anderen ohne zusätzliche, präventive Maßnahmen zur systematischen Übernutzung, Ausbeutung und letztlich Zerstörung der nicht monetarisierbaren Güter und Werte. Eventuell wird der Bereich, in dem wir von Marktversagen sprechen und deshalb eine gesellschaftliche Bewertung vornehmen müssten, wegen der Zunahme von Komplexität und Konzentration und wegen dem systematischen Anstieg der nicht internalisierten externen Effekte ständig größer. Dieselben Gründe verhindern möglicherweise eine exakte Bewertung (Dilemma). Dann könnte die Hoffnung auf die Möglichkeiten der Bewertung kontraproduktiv sein und zur Verzögerung beim Einsatz nachhaltiger Politik führen.

Ebenso kontraproduktiv erweist sich vor diesem Hintergrund das dogmatische Festhalten an der Präferenzensouveränität. Ein grundlegender Vorteil marktwirtschaftlicher Ordnung ist die Durchsetzung individueller Präferenzen über die Märkte mittels kaufkräftiger Nachfrage. Das gilt für den Fall der Abwesenheit von Marktunvollkommenheiten, Marktversagen und nicht akzeptablen Verteilungsungleichheiten für private Güter. Für öffentliche Güter (Umweltqualität, Nachhaltigkeit) müssen aber demokratische Entscheidungsprozesse für die Durchsetzung der Präferenzen sorgen. Sieht man von den gängigen Problemen der Erfassung der Präferenzen ab, kommt es bei diesen Verfahren zu einer Diskriminierung der öffentlichen Güter, weil sie nicht nur im Konflikt zu sonst produzierbaren privaten Gütern stehen, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Ziele Wachstum und Beschäftigung belasten – so jedenfalls die herrschende neoliberale Lehre –, während die Produktion privater Güter diese Ziele befördert. Diese Doppelkonkurrenz mindert die Akzeptanz von Nachhaltigkeitszielen systematisch, weil der öffentliche Sektor für Neoliberale unproduktiv und ineffizient ist. Dieser neoliberale Dogmatismus muss aufgehoben werden, wenn Nachhaltigkeit eine faire Chance haben soll (Maier-Rigaud 1999).

2.1.3 Wettbewerb

Das Wachstumsparadigma geht von gelösten Wettbewerbs- und Verteilungsproblemen aus, bzw. erwartet deren Lösung im Wachstumsprozess. Demgegenüber führen ökologische Ökonomen und Ordoliberale an, dass Wettbewerbsbeschränkungen nicht nur temporäre Friktionen der marktliche Selbststeuerung darstellen, sondern auch als persistente Marktunvollkommenheiten gesellschaftliche Wohlfahrtseinbußen hervorrufen können. Zwar werden

die zu beobachtenden Konzentrations- und Zentralisierungstendenzen in der Regel mit Effizienz- und Wohlfahrtssteigerungen sowie dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit begründet, wenn dabei, weil unreguliert und unkontrolliert, die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs beeinträchtigt wird, resultieren Wohlfahrts- und Verteilungsergebnisse, die lediglich den konzentrierten Sektoren zu Gute kommen. Weiterhin führen die genannten Wettbewerbsbeschränkungen zu bleibenden Machtveränderungen, die durch politische Einflussnahmen die demokratische Kontrolle und Regulierung der Ökonomie verhindern. Dadurch wird die rechtzeitige Internalisierung externer Effekte dauerhaft gestört und eine grundlegende Ökologisierung der Wirtschaft in Richtung nachhaltige Entwicklung verhindert. Weder Vollbeschäftigungsziele noch Ökologieverträglichkeit können so realisiert werden.

2.2 Wachstum und Vollbeschäftigung

Partielle Wachstumsmöglichkeiten bestehen auch im Nachhaltigkeitsparadigma. Die Wahrung der ökologischen Nachhaltigkeit muss folglich nicht zwangsläufig auf Kosten von sozialen und ökonomischen Zielen gehen, zu denen auch die Beschäftigung zählt. Sie macht aber (unter anderem) deutlich, dass eine Beschäftigungsstrategie nicht ohne Rücksicht auf die ökologischen Implikationen des Wachstums verfolgt werden kann, wenn sie nachhaltig sein soll. Ökologische Nachhaltigkeit wird als Vorbedingung für die langfristige Sicherstellung der Lebens- und Produktionsgrundlagen der Menschheit angesehen. Sie stellt von daher auch Vorbedingung für den Faktor Arbeit und seine Beschäftigung im anthropogenen Produktions- und Wertschöpfungsprozess dar. Je nach Strategie ist mit unterschiedlichen Beschäftigungswirkungen zu rechnen. Dabei kommt es nicht nur darauf an, einen ökonomischen Strukturwandel zu vollziehen, sondern auch Lösungsstrategien für Beschäftigungsprobleme der reifen Marktwirtschaften zu entwickeln. Zur Bewältigung der in Deutschland seit 20 Jahren hohen Arbeitslosigkeit bieten sich auch aus „aufgeklärter“ neoklassischer Perspektive einige Strategien an.

1. Wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität von ca. 3% als systembestimmt hingenommen, müssten zum Abbau der Arbeitslosigkeit durchschnittliche Wachstumsraten von 5–6% über einen längeren Zeitraum realisiert werden. Um dabei nur den Erhalt der augenblicklichen Umweltqualität zu gewährleisten, wäre eine immense Steigerung der Ressourceneffizienz und eine entsprechende Abnahme der Umweltintensität des Wachstums erforderlich. Von Nachhaltigkeit im oben definierten Sinne könnte selbst für den illusorischen Fall nicht gesprochen werden. Zwar hat schon in der Vergangenheit eine Art Entkopplung von Wachstum und Umwelt- bzw. Ressourcenverbrauch stattgefunden, diese müsste sich aber drastisch erhöhen, um obige Wachstumsraten zu kompensieren.
2. Ein anderer Weg könnte in einer Reduzierung der Entwicklung des Arbeitsproduktivität bestehen, was allerdings zu einer auf Wachstum und Wettbewerb angelegten globalisierten Wirtschaft nicht einfach sein dürfte. Inwieweit eine durch Ökosteuern angereizte Arbeitsintensivierung weiter hilft soll hier nicht endgültig entschieden werden. Unter Nachhaltigkeitsaspekten ist zusätzlich an eine Substitution von „Natur“ und Ressourcen durch Arbeit zu denken. Beide Aspekte finden ihren Platz in einer ökologisch-sozialen Strategie (siehe unten).
3. Ein weiterer gangbarer und ausbaufähiger Weg besteht in Arbeitszeitverkürzungen

verbunden mit Flexibilisierungsformen und Übergängen zur Tätigkeitsgesellschaft (z. B.: Bergmann 1998; Gorz 1998).

4. Schließlich wird über ökologische Wachstumsoffensiven nachgedacht (ökologische Innovationen als Jobmaschine, vgl. Schmidt-Bleek 1994). Wenn diese Offensive nicht mit einer grundlegenden Änderung des traditionellen Wachstumsmodells verbunden wird, muss sie wohl – insbesondere als weltweites Modell – als nicht hinreichend angesehen werden.

Auch wenn alle genannten Wege grundsätzlich dem herrschenden neoliberal-neoklassischen Paradigma mit seinen bereits diskutierten Defiziten entstammen, sind die drei zuletzt genannten Wege durchaus sinnvolle Aspekte auch einer sozial-ökologischen Strategie. Bevor diese Strategien skizziert werden, ist auf die Bezüge zur internationalen Ökonomie einzugehen.

2.3 Die „Sachzwänge der Globalisierung“

Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse werden bereits seit längerer Zeit beobachtet und diskutiert (Hirst/Thompson 1996; IMF 1997; OECD 1997). Sie sind im Wesentlichen Resultat technischer Entwicklungen (vor allem Informations- und Kommunikationstechnologien), institutioneller Veränderungen (Liberalisierung, Deregulierung, Marktöffnung für internationalen Handel und Kapitalverkehr) und deren weltweiter Durchsetzung.² Die hinlänglich bekannten Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft manifestieren sich unter anderem in der Internationalisierung der Unternehmen, die sich verstärkt hin zu *Global players* entwickeln. Sie tätigen mittlerweile den Löwenanteil des Welthandels und internationalen Kapitalverkehrs und gewinnen qua Größe und Beschäftigtenzahl zunehmend Einfluss auf die Ökonomien.

Der „Aufstieg“ der *Global player*, zunehmende Konzentration und Zentralisierung und die teilweise damit zusammen hängende allgemeine Beschleunigung von nationalen und internationalen Wirtschaftsprozessen durch verstärkten Wettbewerb auf den Weltmärkten erzeugen vielfältige Anpassungszwänge für die beteiligten Volkswirtschaften (DGvL 1997, 66 ff.). Die so genannten „Sachzwänge“ der Globalisierung äußern sich – unabhängig von einer Bewertung der Konsequenzen – in

- erhöhtem Strukturanpassungsdruck für offene Volkswirtschaften durch Spezialisierung und zunehmende Arbeitsteilung,
- erhöhtem Innovationsdruck für die in globaler Konkurrenz stehenden Unternehmen,
- erhöhtem Druck auf Regulierungsinstanzen und Institutionen im Standortwettbewerb,
- gesellschaftlichem Druck zur Auseinandersetzung mit neuen Werten und Orientierungen der (vermeintlich) „globalen Gesellschaft“,
- ökologischem Druck durch veränderte Nutzungen, steigende Systemkomplexität, Unsicherheit und globale Wachstumseffekte.

Während die „Sachzwänge“ von den Verfechtern der Globalisierungsära als willkommene Triebkräfte ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts angesehen werden (OECD 1997), sehen Kritiker darin den Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise, die eine schleichen-

² Genau genommen finden Internationalisierungsprozesse vor allem innerhalb der OECD-Länder statt. Sie dominieren den Welthandel und umfassen beinahe den gesamten Direktinvestitionsverkehr. Viele Länder vor allem Afrikas fallen dagegen in der Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung immer weiter zurück (Marginalisierung).

de Machtverschiebung zwischen Staat/Gesellschaft und (konzentrierender) Privatwirtschaft markiert (DGvL 1997, 101 ff.; Forrester 1997; Zinn 1998). Abgesehen von der zuweilen betriebenen ideologischen Überfrachtung der Globalisierungsdiskussion auf beiden Seiten dürfte unbestritten sein, dass mit zunehmendem Einfluss der *Global player* in der Gesellschaft auch eine Verschiebung der Definitionsmacht für gesellschaftliche Verteilungsregeln und Entscheidungsverfahren verbunden ist. Das Sachzwangargument kann hier leicht zur Waffe im Verteilungsstreit werden und den Konflikt zwischen Arbeit und Umwelt künstlich provozieren bzw. als vorgeschobenes Argument für Verteilungsinteressen missbrauchen.

Hierfür gibt es unseres Erachtens mehrere Hinweise. Die gegen eine ökologische Neuorientierung vorgetragene Argumente, insbesondere das Industriefluchtargument, d. h. die Annahme, dass bei einer Verschärfung der Umweltpolitik die industrielle Basis eines Landes in Staaten mit schwächeren Umweltbestimmungen abwandert, erscheinen sowohl vor theoretischem als auch empirischem Hintergrund kaum haltbar. Die Abwägung zwischen „Wettbewerbsfähigkeit“ und Umweltschutz wird theoretisch seit längerer Zeit breit untersucht (vgl. für einen Überblick z. B. Schulze/Ursprung 1998; Jeppesen u.a. 1999). Aufgrund der vielfältigen zu beachtenden Parameter und möglichen Ergebnisse konnte bisher keine verallgemeinerbare Aussage abgeleitet werden, außer dass allein eine situative Sichtweise das Verhältnis von Nachhaltigkeit, Internationalisierung und Beschäftigung prägen muss. Das Industriefluchtargument bzw. die Androhung der Abwanderung sind nur dann begründet, wenn Umweltschutz tatsächlich den primären Entscheidungsfaktor der Unternehmen darstellt. Dies kann jedoch für die Mehrzahl der Unternehmen zurzeit ausgeschlossen werden. Der empirische Befund zeigt insgesamt nur eine geringe Reagibilität der Unternehmen auf Veränderungen in der Umweltpolitik (vgl. z. B. den Überblick bei Jaffe u.a. 1995; Esty/Gentry 1997; Barker/Köhler 1998).

Sofern es zu Mehrbelastungen durch Umweltschutz kommt, bieten sich – von der Exit-Option abgesehen – alternative Ausweichmöglichkeiten. In einigen Fällen würde die Umweltpolitik eines Landes die Wettbewerbssituation der regulierten Unternehmen unter Umständen sogar verbessern, bzw. den Anstoß dazu geben, wenn dadurch das Markenimage, der Absatzerfolg oder die technologische Erneuerung gefördert werden (Porter/van der Linde 1995a, 1995b). Die tragende Motivation ist dabei jedoch keine „Nachhaltigkeitsrevolution“ im Unternehmenssektor, sondern das unternehmerische Gewinnmaximierungskalkül. Trotz ökologisch erwünschter Effekte lassen anhaltende Wettbewerbsbeschränkungen und Selbststeuerungsdefizite die Nachhaltigkeit der globalen Ökonomie bezweifeln. Die Aufnahmebereitschaft der Märkte für Produkte mit ökologischem „Zusatznutzen“ dürfte ohnedies begrenzt sein. Bei vielen Öko-Produkten handelt es sich um „Luxusgüter“, und Kostensenkungen/Effizienzsteigerungen durch ökotechnische Verbesserungen der Produktionsprozesse hätten im Prinzip auch ohne umweltpolitische Regulierungen realisiert werden können. Zu fragen wäre eher, warum Effizienzpotentiale vorher unerschlossen blieben. Mit den genannten Punkten zusammenhängend dürften auch keine Beschäftigungswunder von einer Verschärfung der Umweltpolitik zu erwarten sein.

Hinzu kommt, dass der Gesamteffekt umweltpolitischer Regulierungen auf die Beschäftigung schwer prognostizierbar ist. Bislang konnte nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass Umweltschutz ein Job-Knüller oder Job-Killer ist (vgl. auch ZEW 1998; Blazejczak 1999; Peemüller 1999; Prognos 1999; Ritt 1999). Daraus kann zwar einerseits aber noch nicht geschlossen werden, dass bei steigenden umweltpolitischen Anforderungen nicht doch mit einer wachsenden Reagibilität der Unternehmen zu rechnen wäre.³ Andererseits ist aber zu

bedenken, dass umweltpolitische Ziele kein Selbstzweck sind, sondern notwendige Voraussetzung für die Sicherung der Lebens-, Produktions- und Konsumtionsgrundlagen der Gesellschaft. Sollten sich Standorte tatsächlich – wie verschiedentlich befürchtet (z. B. UNDP 1997, 112) – auf umweltpolitische Zugeständnisse, eventuell sogar auf eine (ruinöse) Konkurrenz mit Umwelt- und Sozialbedingungen einlassen, kommt es unweigerlich zu Wohlfahrtseinbußen. Dem Beschäftigungsvorteil stehen dann langfristige Nachteile gegenüber, deren Höhe kaum abschätzbar ist. Obwohl bislang nur wenig gesicherte Hinweise auf eine systematische Verschlechterung von Umweltregulierungen in einzelnen Staaten vorliegen, mehren sich die Anzeichen für einen *Political drag*, d. h. eine systematische Unterlassung von notwendigen Nachhaltigkeitsreformen und die taktische Verschleppung und Verwässerung neuer Vorhaben (CUTS 1996). In der schleichenden Erosion von Nachhaltigkeitsambitionen ist die eigentliche Gefahr der Beschäftigungs-Umwelt-Kontroverse zu sehen. Die Exit-Option verhilft den *Global player* zu einem wachsenden Einfluss auf nationale Umweltpolitiken. Dies äußert sich nicht nur in Tendenzen zur „weichen Umweltpolitik“ (z. B. mit Hilfe von Selbstverpflichtungen, vgl. Rennings u.a. 1997; SRU 1998, 130–150), sondern auch eher generell in der Preisgabe umweltpolitischer Handlungskompetenz, wenn scheinbar alle umweltpolitischen Ziele verhandelbar werden. Letztlich rankt sich die Diskussion somit um die Fragestellung, ob im „Globalisierungszeitalter“ noch Platz für eine staatliche Umwelt- und Beschäftigungspolitik ist, oder ob die „Sachzwänge“ zu einer globalen Nivellierung der Löhne, Sozialbedingungen und Erodierung staatlicher Instrumente der Beschäftigungsförderung führen (Weltbank 1995; DGvL 1997, 66 ff.; Siebert 1999). Selbst wenn im Prinzip genügend staatliche Handlungsmöglichkeiten für eine unabhängige Beschäftigungspolitik bestehen, verstärkt die gesellschaftliche Furcht potentieller Globalisierungsverlierer (vor allem gering qualifizierte und immobile Arbeit) die Kontroverse um die Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeitswirkungen einer Nachhaltigkeitspolitik. Die gegen Beschäftigungspolitik vorgetragenen Argumente gleichen denen gegen eine ökologische Neuorientierung. Das deutet darauf hin, dass eine bestimmte Richtung der gesellschaftlichen Ordnung mit entsprechenden Verteilungen gehalten werden soll.

Vor diesem Hintergrund lenkt die Beschäftigungs-Umwelt-Kontroverse in der „Globalisierungsära“ nur von der zu Grunde liegenden Problematik ab: wie in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die nun in wachsendem Maße den gesamten Erdkreis umfasst, die Arbeitsbeziehungen und die Nutzung der Umweltgüter so organisiert werden können, dass dies der (Welt-) Gesellschaft als Ganzes zum Wohle gereicht. Dies ist vorrangig eine institutionelle Aufgabe. Schließlich geht es darum, Institutionen zu etablieren, die sowohl das Nachhaltigkeitsziel als auch eine Beschäftigungsstrategie in einer nachhaltigen Ökonomie etablieren. Ein als Nullsummenspiel um eine gegebene Zahl von Arbeitsplätzen missverständlicher Standortwettbewerb hilft hier nicht weiter, sondern trägt nur zur Intensivierung des „Wettlaufs der Besessenen“ (Krugman 1994b) bei. Wettbewerbsfähigkeit mag zwar auf einzelwirtschaftlicher Ebene ein sinnvolles Konzept sein, es kann aber nicht auf Staaten übertragen werden. Im Gegensatz zu privatem Wettbewerb stellt der Wettbewerb der Volkswirtschaften kein Nullsummenspiel dar, denn durch internationale Arbeitsteilung und Handel können allokativer Verbesserungen der Ressourcen-, Arbeitskräfte- und Umweltnutzungen erzielt werden (Krugman 1994a). Unter Nachhaltigkeits- bzw. Gerechtigkeitsgesichtspunkten geht

3 Tatsächlich zeigen vor allem jüngere Studien eine Tendenz zu signifikanteren internationalen Reallokationen von Kapital und Unternehmen. Unklar ist, ob dies der allgemeinen Tendenz zu einer stärkeren Industrialisierung ehemaliger Entwicklungsländer und der Tertiarisierung in den westlichen Industrieländern zuzuschreiben ist, oder ob hier eine stärkere Reagibilität der Unternehmen auf Umweltschutzmaßnahmen vorliegt.

es somit vorrangig darum, die Verteilungsregeln für die Wohlfahrtsgewinne der internationalen Arbeitsteilung festzulegen, damit die „Sachzwänge der Globalisierung“ in den Dienst der Beschäftigungs- und Nachhaltigkeitspolitik gestellt und zur Auspielung von Beschäftigungs- und Umweltzielen missbraucht werden können.

Unsicherheit besteht indes darüber, wie institutionelle Regeln für die Globalisierungsära aussehen können, die sowohl beschäftigungs- als auch umweltpolitische Ziele erreichen lassen und die Antinomie zwischen Nachhaltigkeit und Beschäftigung in einer *Laissez-faire*-Ordnung überwinden. Die herrschende Unsicherheit manifestiert sich in vielfältigen Scheinlösungen, hektischem Aktionismus und symbolischen Maßnahmen, denen aber jede konzeptionelle Perspektive fehlt. Die Wiedergewinnung politischer Handlungsfähigkeit ist nur möglich, wenn erkannt wird, dass es nicht darum gehen kann, im institutionellen Wettbewerb Beschäftigung auf Kosten einer nachhaltigen Entwicklung zu sichern. Die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Prozesse sind durch die neoliberale Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik in den letzten Dekaden erzeugt worden und als solche politisch gewollt. Entgegen der landläufigen Meinung, dass die Globalisierung die Ohnmacht demokratisch legitimierter Entscheidungsträger gegenüber der Allmacht der *Global player* und Finanzmärkte nach sich ziehe, bleiben der Politik erhebliche Spielräume. Diese müssen jedoch unter Umständen neu konstituiert und genutzt werden. Dazu werden aktuell insbesondere zwei Strategien diskutiert. Einmal eine eher ökonomisch geprägte und zum anderen eine sozial-ökologische Konzeption.

3 Nachhaltigkeitsorientierte Reformkonzepte

3.1 Ökonomisch-soziale Strategie

In der ökonomisch-sozialen Nachhaltigkeitsstrategie spielt Wirtschaftswachstum eine grundlegende Rolle bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme, der Bewältigung der Probleme der sozialen Sicherungssysteme sowie der Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien. Dabei spielen Umweltinnovationen, begünstigt und angeregt durch die Politik, eine grundlegende Rolle, sowohl was die Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung angeht, als auch was die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung betrifft. Insbesondere ist der Staat verantwortlich für die Bereitstellung der Infrastruktur, die ein nachhaltiges und sozialverträgliches Wachstum gewährleistet und für eine Neuorientierung der marktwirtschaftlichen Anreize in Richtung Umweltorientierung sorgt. In groben Zügen kann ein ökonomisch-soziales Strategiegebündel durch folgende Elemente beschrieben werden:

- ökologische Finanzreform,
- ökologisch orientierte Infrastrukturprogramme,
- Arbeitsmarktflexibilisierung und Arbeitszeitverkürzung in Abstimmung zwischen Beschäftigten und Unternehmen,
- Förderung von Umweltinnovationen durch Technologie- und Innovationspolitik,
- Qualifizierungsmaßnahmen und
- Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Insgesamt handelt es sich um die Fortsetzung bisheriger Politikstrategien mit ökologischem Vorzeichen und unter Beachtung gewisser festzulegender ökologischer Leitplanken (Restriktionen), Dabei wird unterstellt, dass heute und mittelfristig ausreichende Spielräume

(Substitutionsmöglichkeiten, technischer Fortschritt) für Effizienzsteigerungen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen bestehen und insofern keine grundsätzlichen Wachstumsgrenzen bestehen. Eng mit dieser Sicht verbunden wird davon ausgegangen, dass von einem Ende der Erwerbsgesellschaft nicht die Rede sein kann und dass die herrschende Arbeitslosigkeit im Wesentlichen und mit Vorrang über Wachstum beseitigt werden kann. Variationen der Erwerbsarbeitsverhältnisse (Teilzeitarbeit, Arbeitszeitverkürzungen) müssen nicht forciert werden, sondern ihre trendmäßige Entwicklung sollte fortgesetzt werden.

3.2 Ökologisch-soziale Strategie

Die von ökologischen Ökonomen wegen der – zum Teil in Abschnitt 2.1 angesprochenen – grundlegenden Kritik der herrschenden Lehre und Politik geforderte grundlegende Neuorientierung von Theorie und Politik kann hier nur skizziert werden und erfordert eine Ökologisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Dazu müssen u. a. einerseits eine umfassende ökologische Wirtschaftspolitik und andererseits ökologische Strukturreformen insbesondere für die Bereiche Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Chemie und Dienstleistungen entwickelt werden (Bartmann 1996, 251 ff.; Bartmann/Schwaab 1998; Hinterberger u.a. 1996; Bartmann 1999).

Ein wichtiger Aspekt einer ökologisch-ökonomischen Nachhaltigkeitskonzeption ist eine ökologische Finanzreform, die neben dem Verursacherprinzip bei ausreichender Dosierung auch dem Ziel Nachhaltigkeit dient. Die seit einiger Zeit laufende Diskussion um Ökosteuern zeigt, wie weit die Politik und die öffentliche Meinung von Nachhaltigkeit entfernt sind.

Ebenso wichtig ist eine integrierte Behandlung der Beschäftigungsproblematik, was aus Sicht der ökologischen Ökonomie einerseits eine modifizierte postkeynesianische Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik erfordert (Bartmann/Schwaab 1998; Bartmann 1999 sowie den Beitrag von K.G. Zinn in diesem Heft) und andererseits Versuche beinhaltet, Übergänge von der Erwerbsarbeit in andere Arbeitsformen zu schaffen. Auf diesen zweiten Aspekt ist kurz einzugehen.

Die ökologisch-soziale Strategie geht auch von einem erweiterten Arbeitsbegriff aus. Neben der Erwerbsarbeit (Normalarbeit, Teilzeit, selbständige Arbeit) existieren eigenständig oder als Mischformen Gemeinschafts-, Versorgungs- sowie Eigenarbeit (VÖÖ 1997, Bierter/v. Winterfeld 1998, Politische Ökologie 5/1998; Cames 1999). Dabei ist eine generelle Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit als solidarische Umverteilung von Erwerbsarbeit angesetzt, die aber nicht umstandslos auch zu ökologieverträglichen Lebensweisen führt (z. B. wegen konsumorientierten Freizeitaktivitäten). Parallel zur Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten müsste daher eine ökologieverträgliche Gestaltung von Lebenszeiten gefordert und ermöglicht werden. Ähnliches gilt für informelle Arbeitsformen (Eigenarbeit, Gemeinschaftsarbeit), die heute häufig auf Mittelschichten beschränkt sind. Auch sie müssten entsprechend erweitert werden.

Unbestritten bleibt bis auf weiteres das Normalarbeitsverhältnis die häufigste Erwerbsform, wobei allerdings bereits seit geraumer Zeit deutliche Arbeitszeitverkürzungen und -flexibilisierungen sowie eine Etablierung von Teilzeitarbeit festzustellen ist (BASAF o. J., 1995; SABF o. J.; WSI-Mitteilungen 5/2000). Die Variationsmöglichkeiten der Arbeitszeitmodelle sind erheblich und nicht automatisch ökologie- und sozialverträglich. Bei der Ausgestaltung sind erkennbare Trends in Richtung Zunahme der Ungleichverteilung der

Einkommen, soziale Unsicherheiten, Schwächung kollektiver Interessenvertretung und Spaltung der Arbeitskräfte in Überbeschäftigte, Arbeitslose und labile Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden (vgl. u. a. die Beiträge in ARBEIT 3/2000). Entscheidend für die Frage des Gewinns an Zeitsouveränität wird die Gestaltung der Betriebs- bzw. Tarifvereinbarungen bezüglich der Arbeitszeitgestaltung sein.

Ausgehend von dieser Trendbeschreibung können Konzepte von Mischarbeit bei gleichzeitiger Aufwertung der informellen Arbeit, Übergangsmärkte, die einen Wechsel zwischen den verschiedenen Arbeitsformen fördern und schließlich neue Verbindungen zwischen Arbeit und Leben entwickelt und gestaltet werden (vgl. u. a. Bergmann 1998; Gorz 1998; Scherhorn 1998; Senghaas-Knobloch 1999). Dadurch soll die bisherige Tendenz zur gesellschaftlichen Spaltung durch die ungleiche Verteilung und Bewertung der Arbeitsformen aufgehoben werden. Ohne diese Entwicklung von Konzepten - unter Umständen auch Visionen - zur Tätigkeitsgesellschaft, die auch verbunden sind mit der Erarbeitung von Rahmenbedingungen und auch Regulierungen, wird der sich nur über die Märkte entwickelnde Weg zu neuen Formen der Arbeitsgesellschaft den bereits vorhandenen Spaltungen und Ungleichheiten neue hinzufügen (UNDP 2000). Diese widersprechen der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit. Insofern sind auch die Überlegungen zur Arbeitsgesellschaft Bestandteil eines umfassenden Nachhaltigkeitsdiskurses. Eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit ist bei neu definierter Vollbeschäftigung möglich. Einerseits kommt es durch ökologische Innovationen zur Schaffung neuer dauerhafter Beschäftigungsplätze, andererseits kann davon ausgegangen werden, dass eine Umverteilung von Arbeit durchaus den Präferenzen der Bürger entspricht (z. B. Bielenski 2000).

Literatur

- ARBEIT (2000): Themenheft: Arbeitszeit, Heft 3
- Ayres, Robert U. (1996): Limits to the growth paradigm; in: *Ecological Economics*, 19. Jg., 117–134
- Ayres, Robert U. (1998): *Turning Point*. London
- Barker, Terry, Jonathan Köhler (Hg.) (1998): *International Competitiveness and Environmental Policies*. Cheltenham
- Bartmann, Hermann (1996): *Umweltökonomie – ökologische Ökonomie*. Stuttgart
- Bartmann, Hermann (1999): Wachstum und Umwelt; in: A. Maußner, K.G. Binder (Hg.): *Ökonomie und Ökologie*, Berlin, 321–344
- Bartmann, Hermann (2000): Substituierbarkeit von Naturkapital, erscheint in: Hans G. Nutzinger, Martin Held (Hg.): *Naturkapital*. Frankfurt/Main
- Bartmann, Hermann, Andrea A. Busch (1998): Ökonomische (monetäre) Bewertung als Basis für umweltpolitische Maßnahmen; in: *Beiträge zur Wirtschaftsforschung*, Nr. 55, Mainz: Johannes Gutenberg-Universität
- Bartmann, Hermann, Jan A. Schwaab (1998): Umwelt- und Beschäftigungspolitik; in: *Beiträge zur Wirtschaftsforschung*, Nr. 52, Mainz: Johannes Gutenberg-Universität
- BASAF – Beirat Arbeitsmarktpolitik der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen (o. J.): *Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000*. Berlin
- BASAF – Beirat Arbeitsmarktpolitik der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen (1995): *Berliner Memorandum zur Arbeitszeitpolitik 2000*. 2. Aufl., Berlin
- Bergmann, Fritjof (1998): Raum der Möglichkeiten; in: *Politische Ökologie*, 16. Jg., Mai/Juni, 55–58
- Bielenski, Harald (2000): Erwerbswünsche und Arbeitszeitpräferenzen in Deutschland und Europa; in: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 4, 228–237

- Bierter, Willy, Uta v. Winterfeld (1998): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Berlin u. a.
- Blazejczak, Jürgen, Dieter Edler (1999): *Beschäftigung im Umweltschutz – Von umweltschutzinduzierter Beschäftigung zu Nachhaltigkeit und Arbeit*; in: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 9, 585–592
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (1996): *Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung*. Bonn
- BUND, Misereor (Hg.) (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Basel u. a.
- Cames, Michael (1999): *Neue Arbeitsplätze durch umweltverträglichen Verkehr*; in: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 9, 593–600
- Costanza, Robert u.a. (1997): *An Introduction to Ecological Economics*. Boca Raton
- CUTS – Consumer Unity & Trust Society (1996): *The Freezing Effect*, CUTS Briefing Paper, No. 1
- Daly, Herman E. (1996): *Beyond Growth*. Boston
- DGvL – Die Gruppe von Lissabon (1997): *Grenzen des Wettbewerbs*. München
- EK – Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998): *Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung*, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11200
- Esty, Daniel C., Bradford S. Gentry (1997): *Foreign Investment, Globalisation and Environment*; in: *OECD (Hg.), Globalisation and Environment – Preliminary Perspectives*, Paris: OECD, 141–172
- Forrester, Viviane (1997): *Der Terror der Ökonomie*. Wien
- Gorz, André (1998): *Jenseits der Erwerbsarbeit*; in: *Politische Ökologie*, 16. Jg., Mai/Juni, 50–54
- Greenpeace, DIW (Hg.) (1999): *Wirtschaft ohne Wachstum*. Wiesbaden
- Hinterberger, Friedrich, Fred Luks, Marcus Stewen (1996): *Ökologische Wirtschaftspolitik*. Berlin
- Hirst, P., G. Thompson (1996): *Globalization in Question*. Cambridge
- IMF – International Monetary Fund (1997): *World Economic Outlook May 1997*. Washington
- Jaffe, A. B. u.a. (1995): *Environmental Regulation and the Competitiveness*; in: A.M. Spence, H.A. Hazard (Hg.): *International Competitiveness*. Cambridge
- Jeppesen, T., H. Folmer, M.H.C. Komen (1999): *Impacts of Environmental Policy on International Trade and Capital Movement: A Synopsis of the Macroeconomic Literature*; in: T. Sterner (Hg.): *Environmental Implications of Market-Based Policy Instruments*, Cheltenham, 83–115
- Krugman, Paul (1994a), *Competitiveness – A dangerous obsession*; in: *Foreign Affairs*
- Krugman, Paul (1994b), *Wettlauf der Besessenen*; in: *Die Zeit*, Nr. 18, 29. April, 40–42
- Maier-Rigaud, Gerhard (1999): *Der neoliberale Grundwiderspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit*; in: *Gaia* 8, Nr. 3, 169–175
- Meadows, Donella H. u.a. (1972): *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart
- Meadows, Donella H. u.a. (1992): *Die neuen Grenzen des Wachstums*. Stuttgart
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (1997): *The World in 2020 – Towards a New Global Age*. Paris
- Peemüller, Gerlinde (1999): *Beschäftigung im und durch Umweltschutz – Ein Literaturbericht*; in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 32. Jg., 331–350
- Politische Ökologie* (1998): Heft 5
- Porter, Michael, Claas van der Linde (1995a): *Green and Competitive*; in: *Harvard Business Review*, September/October, 120–134
- Porter, Michael, Claas van der Linde (1995b): *Toward a New Conception of the Environment-Competitiveness Relationship*; in: *Journal of Economic Perspectives*, 9. Jg., Nr. 4, 97–118
- Prognos (1999): *Mehr Arbeitsplätze durch ökologisches Wirtschaften? Eine Studie im Auftrag von Greenpeace Hamburg*
- Rennings, Klaus, Karl L. Brockman, Henrike Koschel (1997): *Nachhaltigkeit, Ordnungspolitik und freiwillige Selbstverpflichtung*. Heidelberg
- Ritt, Thomas (1999): *Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung*. Discussion Paper P99–511, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
- SABF – Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (o. J.): *Die Sackgassen der Zukunftskommission*, Berlin
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1994): *Wieviel Umwelt braucht der Mensch?* Basel u. a.

- Senghaas-Knobloch, Eva (1999): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft?; in: ARBEIT, 8. Jg., Heft 2, 117–136
- Scherhorn, Gerhard (1998): Von der Kompensation zur Kompetenz; in: Politische Ökologie, 16. Jg., Mai/Juni, 26–29
- Schulze, G. G., H.W. Ursprung (1998): Environmental Policy in an Integrated World Economy, Diskussionspapier, Sonderforschungsbereich 178, „Internationalisation of the Economy“, Universität Konstanz
- Siebert, Horst (Hg.) (1999): Globalization and Labor. Tübingen
- SRU – Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1998): Umweltgutachten 1998. Stuttgart
- SRU – Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (2000): Umweltgutachten 2000. Stuttgart
- UBA – Umweltbundesamt (1997): Nachhaltiges Deutschland. Berlin
- UBA – Umweltbundesamt (1998): Die Bedeutung des Naturvermögens und der Biodiversität für eine nachhaltige Entwicklung. Berichte 6/98, Berlin
- UNDP – United Nations Development Programme (1997): Bericht über die menschliche Entwicklung 1997. Bonn
- UNDP – United Nations Development Programme (2000): Bericht über die menschliche Entwicklung 2000. Bonn
- VÖÖ (Hg.) (1997): Arbeiten in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft, Schriftenreihe zur politischen Ökologie, Nr. 4, Heidelberg
- WCED – World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future. Oxford
- Weltbank (1995): Workers in an integrating world. Oxford u.a.
- ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (1998): Beschäftigungswirkungen des Übergangs von additiver zu integrierter Umwelttechnik. Mannheim
- Zinn, Karl Georg (1998): Wie Reichtum Armut schafft. Köln

Anschrift der Verfasser

Prof. Dr. Hermann Bartmann✉
Jan Schwaab
Universität Mainz
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
Lehrstuhl für VWL, Umwelt und Allokation
Saarstraße 21
D-55099 Mainz

Schlagwörter: Beschäftigung, Nachhaltigkeit, Neue Wohlstandsmodelle, ökologische Ökonomie, Tätigkeitsgesellschaft